

Internationaler Tag der Familie:

Mehr familienfreundliche Konzepte in Wirtschaft und Politik

Seit die Vereinten Nationen 1994 das „Internationale Jahr der Familie“ ausriefen, wird am 15. Mai der „Internationale Tag der Familie“ begangen. In zahlreichen Veranstaltungen wird auf die Notwendigkeit familienfreundlicher Rahmenbedingungen hingewiesen. An der Relevanz dieser Forderung hat sich seit 1994 nichts wirklich wesentlich geändert.

Im Gegenteil: Familien sind in unserer Gesellschaft wichtiger denn je. Doch gerade auf Seiten von Politik und Wirtschaft bleibt noch viel zu tun, bis gesellschaftliche Rahmenbedingungen herrschen, die das Attribut „familienfreundlich“ wirklich verdienen.

Armutsrisiko allein erziehend

So lange der bayerische Sozialbericht Familien, Alleinerziehende und Ältere als die Gruppen mit dem höchsten Armutsrisiko ausweist, ist der Weg zu einer familienfreundlichen Gesellschaft noch weit.

Die Politik setzt derzeit Rahmenbedingungen, die Alleinerziehende und Paare mit Kindern zu Verlierern dieser Gesellschaft abstempeln. Diese immer größer werdenden Bevölkerungsgruppen haben am wenigsten Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und tragen das höchste Armutsrisiko.

Schlüsselfaktor Familienfreundlichkeit

Die vielfach propagierte Erkenntnis, wonach familienfreundliche Konzepte ein entscheidender Schlüsselfaktor für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft sind, muss endlich mit tragfähigen Konzepten und mit der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen untermauert werden.

Mehr Familienorientierung in Unternehmen

Insbesondere Unternehmen sind gefordert, die Arbeitsbedingungen familienfreundlicher zu gestalten. Davon profitieren nicht nur Mitarbeitende mit Kindern und/oder pflegebedürftigen Angehörigen, sondern die Unternehmen selbst. Mitarbeitende, die sich nicht ständig einer Zerreißprobe zwischen Arbeit und Familie ausgesetzt sehen, gehen entspannter und motivierter ihrer Arbeit nach und sind produktiver. Das bestätigen Unternehmen, die familienfreundliche Konzepte realisiert haben. Zudem wird Familienfreundlichkeit immer mehr zum Schlüsselfaktor für die Gewinnung und Bindung hochqualifizierter Fachkräfte.

Familien mit niedrigem Einkommen sind benachteiligt

Auch die Politik ist weiterhin in der Pflicht, Grundlagen für eine familienfreundliche Gesellschaft zu schaffen. Das beginnt mit der Schaffung von ausreichenden und flexiblen Betreuungsmöglichkeiten und der finanziellen Besserstellung aller Familien. Gerade Familien mit niedrigem Einkommen sind derzeit extrem benachteiligt. Das muss dringend geändert werden.

Zudem muss das Pflegezeitgesetz sinnvoll ausgebaut werden. Überlegungen in Richtung einer unbezahlten, zeitlich begrenzten Pflegeauszeit, wie sie Bundesfamilienministerin Kristina Schröder kürzlich ins Spiel brachte, gehen aus Sicht der Diakonie Bayern an den wirklichen Bedürfnissen pflegender Angehöriger vorbei. Bei der Suche nach konstruktiven Lösungen stehen unsere Fachleute gerne zur Verfügung.

Dr. Ludwig Markert,
Präsident des Diakonischen Werkes Bayern

Inhalt dieser Ausgabe

Mehr familienfreundliche Konzepte	1
Gegen Ausbildungsverkürzung.....	2

Evang. KITA-Verband fordert beitragsfreien Hort.....	2
Nachrichten	3

Diakonie bezieht Position:

Gegen Ausbildungsverkürzung für pädagogische Fachkräfte

Die Anforderungen an die Arbeit mit Kinder und Jugendlichen ist für die pädagogischen Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe enorm gestiegen. Zunehmende Anforderung aufgrund der Weiterentwicklung von fachlichen Konzepten, aber auch durch die Komplexität von Lebenssituationen und Problemlagen der Kinder und Jugendlichen und deren Familien.

Diskussionen, die sich mit der Frage um die qualifizierte Ausbildung von Erzieher und Erzieherinnen befassen, nehmen jeweils verschiedene Aspekte in den Blick. So sind neben den gestiegenen Anforderungen sicherlich auch Fragen des europäischen Vergleichs, des Images des Erziehungsberufes und eine adäquate Vergütung relevant.

Die Ausbildung zur Erzieherin / zum Erzieher ist ein wichtiger Baustein im Netz der pädagogischen (Fach-)kräfte, die sich im Feld der Kinder- und Jugendhilfe befinden.

Die Ausbildung von Erzieher/innen – unter den Gesichtspunkten pädagogischen Verständnisses und beruflichen Perspektiven / Einsatzmöglichkeiten – erfordert eine breite und fundierte Ausbildung. Die Ausbildung muss dabei sowohl die theoretischen als auch praktischen Aspekte umfassen und diese aufeinander beziehen. Eine mögliche Vertiefung in ein pädagogisches Feld kann bedacht werden.

Auf dieser Grundlage ist es unabdingbar die fünfjährige Ausbildung beizubehalten, die im Ablauf wie folgt sinnvoll sein könnte:

- 1. Ausbildungsjahr: Praktikum
- 2. Ausbildungsjahr: Theoretische Ausbildung
- Abschlussprüfung, möglicherweise mit Ergänzungsprüfung
- 3. Ausbildungsjahr: Verknüpfung zwischen theoretischen und praktischen Ausbildungsinhalten
- 4. Ausbildungsjahr: Vertiefung in pädagogisches Feld (frühkindliche Pädagogik, Kleinkindpädagogik, Hilfen zur Erziehung etc.)
- 5. Ausbildungsjahr: Anerkennungsjahr

Unter dem Gesichtspunkt des europäischen Vergleiches und der europäischen Ausbildungsanerkennung sollte ebenfalls eine fünfjährige Ausbildung beibehalten werden. Darüber hinaus kann nur durch die fünfjährige Ausbildung die Inanspruchnahme des Master-BAFÖGs gewährleistet werden. Dies ist auf dem Hintergrund der Finanzierung der Ausbildung für die Studierenden und deren Eltern von erheblicher Bedeutung.

Auf dem oben beschriebenen Hintergrund setzt sich die bayerische Diakonie für den Erhalt der fünfjährigen Ausbildung für Erzieher und Erzieherinnen ein. Die Ausbildung braucht keine Verkürzung, sondern allen voran eine Qualitätsoffensive. Die Ausbildungsinhalte müssen vor allem zwischen den theoretischen und den praktischen Anforderungen aufeinander bezogen werden, sowie den zukünftigen Fachkräften in dem breiten Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe Handwerkszeug in der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auf den beruflichen Weg mitgeben.

Davon unberührt bleiben weitere Überlegungen zur dualen Ausbildung bzw. zur notwendigen Akademisierung der pädagogischen Fachkraft. Diese Ausbildungsgänge sind sicherlich eher unter dem Aspekt der Übernahme von verantwortlichen, koordinierenden und leitenden Aufgaben in der Organisation zu sehen.

Birgit Löwe,

Mitglied des Vorstands des Diakonischen Werkes Bayern

Bayerischer Hortkongress in München

Evangelischer KITA-Verband fordert beitragsfreien Hort

„Der Hort muss für Eltern beitragsfrei sein“, forderte Ludwig Selzam, Erster Vorstand des Evangelischen KITA-Verbandes Bayern, anlässlich des Hortkongresses des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen am 27. April im Münchner MOC. Er griff damit eine Forderung auf, die auch Staatsministerin Christine Haderthauer vertreten hatte. Angesichts der beitragsfreien Ganztageschule dürfe es keine Unterschiede bei der Finanzierung der Betreuung von Schulkindern geben. Daher sei auch eine stärkere finanzielle Unterstützung der Kommunen notwendig, damit diese die Horte finanzieren können.

Dabei muss zum Wohl unserer Kinder die Qualität der Horte strukturell gesichert sein. In der Diskussion um den Ausbau der Bildung, Erziehung und Betreuung von Schülern, müssten diese selbst in den Mittelpunkt ge-

rückt werden, betonte Selzam im Rahmen der Podiumsdiskussion vor dem leider auf 200 Teilnehmer begrenzten Fachpublikum. Der Hort habe einen eigenständigen Bildungsauftrag und ermögliche den Kindern einen anderen Zugang zu Schlüsselkompetenzen als die Schule. Die Urteilsfähigkeit und das Entscheiden über Handlungsalternativen würden im Hort außerhalb des Systems „Schule“ gefördert. Die Kinder würden ermutigt, die Aussagen von Lehrern und Erziehern auch zu hinterfragen und Fragen zu stellen, die im System nicht erwünscht seien. Auch würden im Hort konstruktive Kritik und Streitkultur gefördert. All dies sei für eine gute Entwicklung der Kinder außerordentlich wichtig. Die sei eine gesellschaftliche Verpflichtung und müsse ausschlaggebend sein, nicht die Frage der Finanzierung, forderte Selzam, wenn es um die Entscheidung gehe, welche Art von Schulkindbetreuung geschaffen wird.

(Quelle: „Durchblick 2010“ - Zeitschrift des Evangelischen KITA-Verbandes Bayern)

► ► Nachrichten ► ► ► ► ► ► ► ► ► ►

Sozialwohnungen: Anhebung der Einkommensgrenzen

Innenminister Joachim Herrmann: „Höhere Einkommensgrenzen für die Belegung öffentlich geförderter Sozialwohnungen und bei der Wohnraumförderung in Bayern - Regelung hilft gerade jungen Familien“

Zum 1. Mai 2010 werden die Einkommensgrenzen für die Belegung von rund 140.000 öffentlich geförderten Sozialwohnungen in Bayern angehoben. Innenminister Joachim Herrmann: „Damit wird der Kreis der Berechtigten für den größten Teil der geförderten Wohnungen deutlich erweitert. Die Änderungen kommen besonders Familien mit Kindern zu Gute. Neben der Wohnraumförderung ist dies ein weiterer Schritt, um die Versorgung mit angemessenem Wohnraum gerade für diejenigen zu erleichtern, die sonst auf dem freien Markt zu kurz kämen“.

Die Einkommensgrenzen sind auf das jährliche Gesamteinkommen des Haushalts bezogen. Für Einpersonenhaushalte werden sie nun um über 16 Prozent, für Zweipersonenhaushalte um über 22 Prozent erhöht. Der für Kinder zusätzlich anzurechnende Betrag wird von 500 auf 1.000 Euro verdoppelt. Für eine vierköpfige Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern ergibt sich somit beispielsweise eine Einkommensgrenze von 32.000 Euro statt bisher 27.200 Euro pro Jahr. Das entspricht bei einem alleinvertienenden Arbeitnehmer einem Bruttojahreseinkommen von etwa 46.000 Euro.

Daneben wird laut Herrmann mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Wohnungsbindungs-

gesetzes (BayWoBindG) und des Bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes (BayWoFG) die Freibetragsregelung für junge Ehepaare ausgeweitet. Diese können nun bis zu zehn statt bislang fünf Jahre nach dem Jahr der Eheschließung zusätzlich einen Betrag von 5.000 Euro vom Gesamteinkommen absetzen. So erweitert sich der Kreis der Begünstigten. Dies gilt nicht nur bei dem Bezug einer Sozialmiete, sondern auch bei der Wohnraumförderung, zum Beispiel bei einem Eigenheim.

(Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 29. April 2010)

Start des Modellprojekts Familienstützpunkte

Anlässlich des Internationalen Tags der Familie gab Familienministerin Haderthauer am 15. Mai 2010 den Start des Modellprojekts „Familienstützpunkte“ in 12 bayerischen Städten und Landkreisen bekannt: „Erziehung ist anspruchsvoll, sie fordert von Eltern Zeit, Kraft und Kompetenz. Deshalb ist es wichtig, dass sich Eltern in Erziehungsfragen coachen lassen - möglichst schon ab Geburt des Kindes. Was vor dem Kauf eines PCs oder bei der Gründung eines Unternehmens selbstverständlich ist, muss doch erst recht gelten, wenn es um Kinder geht! Deshalb schaffen wir Familienstützpunkte, die durch das örtliche Elternbildungs- und -beratungsangebot lotsen.“

Am Modellprojekt beteiligen sich die Städte Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Fürth, Nürnberg, Regensburg, Würzburg und Kaufbeuren sowie die Landkreise Bamberg, Regensburg, Traunstein und Würzburg.

Haderthauer: „Die Familienstützpunkte sollen ein Klima schaffen, in dem es selbstverständlich ist, sich auf die Lebensaufgabe Mutter und Vater vorzubereiten. Sie sind ein wichtiger Teil der geplanten ‚Allianz für Familien‘. Familienzeit bedeutet Kompetenzgewinn und muss eine Visitenkarte werden, die beim beruflichen Wiedereinstieg und Aufstieg Türen öffnet.“

Familienstützpunkte sind Anlauf- und Kontaktstellen, die konkrete Hilfe und Beratung in Erziehungsfragen anbieten und mit anderen Einrichtungen der Eltern- und Familienbildung gut vernetzt sind. „Wir nutzen bestehende Einrichtungen und bauen auf das Wissen und die Kompetenz etwa von Mütterzentren, Familienbildungsstätten oder Kindertageseinrichtungen auf. Das sind Orte, die Eltern vertraut sind und für sie kurze Wege bedeuten.“, so die Ministerin abschließend.

(Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 14. Mai 2010)

► ► Nachrichten ► ► ► ► ► ► ► ► ►

Broschüre

Vom Wert der sozialen Arbeit

In einer Gesellschaft, in der die soziale Arbeit nicht (gut) getan wird, in der sie nicht wertgeschätzt wird, die sich nicht an den Schwachen der Gesellschaft orientiert – in einer solchen Gesellschaft wollen wir nicht leben, lässt sich die Botschaft der Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAGFW) zum Wert der sozialen Arbeit vom 29. Januar 2010 in München zusammenfassen.

Der Präsident der bayerischen Diakonie Dr. Ludwig Markert hatte auf dem Symposium der LAGFW den Vortrag „Freie Wohlfahrtspflege: Wirtschaftsfaktor und Gesellschaftsfaktor“ gehalten. Seine Rede und das auf der Tagung verabschiedete, gemeinsame Positionspapier aller beteiligten Partner möchten wir in dieser Broschüre vorstellen, um damit die Frage nach dem „Wert der sozialen Arbeit“ erneut zu stellen und eine breite Diskussion in Bayern anzustoßen.

(aus dem Vorwort)

Die Broschüre ist kostenlos zu beziehen:
 Diakonisches Werk Bayern, 90332 Nürnberg
 Telefon: 0911 - 9354 208
 Email: meinhardt@diakonie-bayern.de

5. Bayerische Armutskonferenz am 20. Juli 2010

Vernetzen gegen Armut!

Unter dem Motto „Vernetzen gegen Armut. Armut bekämpfen, Armut vermeiden in regionalen Bündnissen“ lädt die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAGFW) am 20. Juli 2010 zur 5. Bayerischen Armutskonferenz nach München in die Katholische Stiftungsfachhochschule ein.

„Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist längst zu einer sozialen Krise geworden, die sich noch verschärfen wird.

Schon heute kommen immer mehr arbeitslose, von Arbeitslosigkeit bedrohte und von Angst vor dem sozialen Abstieg psychisch belastete Menschen in unsere Beratungsstellen. Viele bitten um Geld, Lebensmittel, Kleidung, weil sie von Hartz IV und Niedriglöhnen nicht menschenwürdig leben können.

Spätestens 2011 werden die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise die öffentlichen Haushalte so belasten, dass unsere Einrichtungen und damit die Menschen, die bei uns um Hilfe bitten, unter den Folgen möglicher sozialer Einschnitte massiv leiden werden.

Es ist höchste Zeit für die Wohlfahrtsverbände, zu handeln“, appelliert Prälat Karl-Heinz Zerrle, Landes-Caritasdirektor und Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern: „Bündeln wir unsere Kräfte und suchen wir Verbündete – die Zeit drängt!“

Folgende Themen stehen auf dem Programm:

- Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 – Was geht uns das in Bayern an?
- Armutsprävention, Armutsbekämpfung. Sozialpolitische Forderungen der LAGFW an Politik und Wirtschaft in Bayern
- Sozialpolitik aus Sicht der Bayerischen Staatsregierung
- Soziale Netzbildung als präventive Armuts politik vor Ort
- Armutskonferenzen und Runde Tische aus den Kommunen stellen sich vor
- Perspektiven der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern

Auf dem Markt der Möglichkeiten präsentieren regionale Bündnisse aus den Kommunen Initiativen zur Armutsprävention und -bekämpfung.

Anmeldung (bis spätestens 1. Juli 2010) bei:
 Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAGFW)
 Lessingstraße 1, 80336 München
 Tel.: 089 / 54497-0; Fax: 089 / 54497 - 187
 E-Mail: LAGFW@caritas-bayern.de

Impressum:

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)
 1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzender: Ludwig Selzam, 3. Vorsitzender: Hans Schlicht
 Geschäftsführer: Helmut Neuberger, Redaktion: Helmut Neuberger
 Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299
 Internet: www.eaf-bayern.de, Email: info@eaf-bayern.de
 Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.
 Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg

FPI 3 Mai / Juni 2010, 21. Jahrgang